

Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckanschrift: Tagesblatt Riesa,
Fermus Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postfachamt: Dresden 1880
Groszstraße Riesa Nr. 52.

Nr. 59.

Mittwoch, 11. März 1925, abends.

78. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 20 Pfennig durch Post oder durch Bahn. Für den Fall des Einretens von Produktionssteigerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen: eine Zeile für das Erscheinen zu bestimmten Tagen und Stößen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 8. vom ersten, 4. vom zweiten Grundstiftungsstelle (8 Silben). 25 Gold-Pfennige. die 29. um drei Zeilen 100 Gold-Pfennige. getraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Keine Tarife. Verändertes Format möglich, wenn der Betrag vergrößert, durch Klage eingezogen werden muss oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtstellige Unterhaltungsbeilage "Anzeiger der Elbe" - Im Falle höherer Gewalt - strieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, des Verlegers oder der Beförderungsanstalten - hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Sanger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Gostzeitung 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Ditzsch, Riesa.

Die Präsidentschaftskandidaturen vor der Entscheidung.

(Von unserem Berliner Vertreter.)

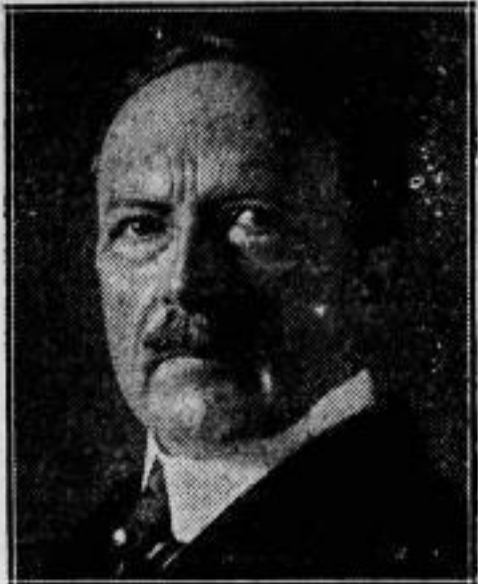
In den Wandelgängen des Reichstages herrscht zur Zeit ein überaus lebhaftes Treiben. Überall wird über die Präsidentschaftskandidaturen verhandelt, über die zur Zeit eine Einigung noch nicht gefunden werden konnte. Man sieht Männer wie den Oberpräsidenten Göring, den früheren Reichskanzler Dr. Wirth, den Zentrumsführer Lehndorff, den Führer der bürgerlichen Parteien Dr. Schulz, Graf Westary und andere eifrig in stündlichem Gespräch verhandeln, wobei von Stunde zu Stunde neue Kandidaturen ausgetauscht und ganz verschiedene Auffassungen über die Lage zum Ausdruck gebracht werden. Im Vordergrund stehen gegenwärtig die beiden am meisten erörterten Kandidaturen Dr. Farnes und Marx. Während es ohne weiteres feststeht, daß die Parteien der Rechten rückhaltlos an der Person des Herrn Dr. Farnes festhalten, weiß niemand, ob es überhaupt zu einer Auffassung des früheren Reichskanzlers Marx kommen wird, da das Zentrum sich über seine Taktik noch vollkommen im unklaren ist. Neuerdings stehen entscheidende Besprechungen unter den Parteien vor den Deutschen Nationalen bis zu den Demokraten bevor, die auf Einladung des früheren Staatsministers von Köstler einberufen worden sind. Diese Verhandlungen haben den Zweck, die Möglichkeiten einer gemeinsamen Kandidatur der Rechten, der Zentrumsparteien, des Zentrums und der Demokraten zu prüfen. Sollte eine Einigung erzielt werden, was man aber augenblicklich für ganz unwahrscheinlich hält, so würde dadurch schon im ersten Wahlgang eine Entscheidung fallen und dem deutschen Volk ein antreibender Kampf um die Reichspräsidentschaft erspart bleiben. Aus den Kreisen der Demokraten und des Zentrums erfahren wir, daß der bürgerliche Kandidat Dr. Farnes von diesen beiden Parteien rundweg abgelehnt werden wird. Dem Demokraten ist Dr. Farnes als Gegner der republikanischen Staatsform verächtlich, während das Zentrum in ihm den Exponenten der Bürgerlichkeitspolitik zu sehen glaubt, sobald eine Einheitskandidatur aller bürgerlichen Parteien an diesen Gegenständen wird scheitern müssen. In den rechtsgerichteten Zentrumskreisen verläutet, daß man bemüht sein werde, den Demokraten eine Kandidatur anzubieten, die geeignet sei, ihre Bedenken zu zerstreuen. Dieser Vorschlag werde aber nicht von den Rechtsparteien ausgehen, sondern, wie schon erwähnt, vom rechten Zentrumsflügel, der offensichtlich in ständiger Fühlungnahme mit den Deutschen Nationalen und der Deutschen Volkspartei steht. Unter der Voraussetzung, daß ein solcher Kandidat von den Demokraten akzeptiert würde, könnten sich die Rechtsparteien bereisfinden, auf eine Kandidatur Farnes zu verzichten.

Wir glauben zu wissen, daß der Kandidat, den man dabei im Auge hat, niemand anders ist als Reichswehrminister Dr. Frenkel, der noch immer Mitglied der Demokratischen Partei ist, obwohl sich die demokratische Reichstagsfraktion in einer offenen Gegensatz zu ihm gestellt hat. Wegen des Reichswehrministeriums Dr. Frenkel würden wahrscheinlich auch die Rechtsparteien nichts einwenden haben, da seine Amtsführung im Reichswehrministerium das unbedingte Vertrauen aller staatsbürgerlichen Parteien erworben hat.

Unser parlamentarischer Mitarbeiter befragte den demokratischen Reichstagsabgeordneten E. Frenkel, wie sich seine Partei zu einem solchen Vorschlag verhalten würde. E. Frenkel erklärte, sich im gegenwärtigen Stadium der Dinge nicht festlegen zu wollen, aber er glaube, daß die demokratische Reichstagsfraktion wenig Neigung besitzen würde, sich damit einverstanden zu erklären. Die Demokraten haben nun einmal den Reichspräsidenten Dr. Simonis vorgeschlagen und müssen es ablehnen, diesen nach langen Erwägungen den anderen Parteien unterbreiteten Vorschlag preiszugeben. Wegen einer Kandidatur Dr. Simonis werden jedoch von rechtsstehender Seite starke Bedenken geltend gemacht. Die deutschnationale "Deutsche Tageszeitung" meint, daß man den zweifellos als Reichs- und Juristen hoch schätzbaren Reichspräsidenten Simonis unmöglich für den in erster Linie auch politischen Vorken des Reichspräsidenten vorschlagen könnte. Von volksparteilicher Seite wird außerdem noch betont, daß es ja den Demokraten frei stehe, eine andere Persönlichkeit zu benennen. Was eine Kandidatur des Zentrumsleiters Siegelwald betrifft, so scheint sie neuerdings tatsächlich fallen gelassen zu sein.

Der Eisenbahnstreik vor dem Verkehrsaustrub.

Abg. Berlin. Der Reichstagsausschuß für Verkehrsangelegenheiten beschäftigte sich in seiner Dienstag-Sitzung mit dem Eisenbahnstreik. Nachdem der Verkehrsminister Dr. Krosche einleitende Erklärungen über Art und Lage des Streiks gegeben hatte, teilte Ministerialdirektor Vogel über die Lohnbewegung bei der Reichsbahn folgendes mit: Die Gewerkschaften haben den Vertrag zum 1. März gekündigt, sie forderten eine allgemeine Lohn-erhöhung und den grundsätzlichen Achtundzwei Prozent-erhöhung des jetzigen Lohnniveaus. Ferner verlangten sie eine allgemeine Nachprüfung der Dienstverhältnisse unter sehr weitgehenden Forderungen zugunsten des Personals. Eine allgemeine Erhöhung der Löhne kommt nach Ansicht der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft wenigstens in Frage. Sie ist aber bereit, sofort die Lohn-



Der stellvertretende Reichspräsident,
der frühere Reichsaußenminister, Reichspräsident
Dr. Simonis.

verhältnisse an solchen Orten nachprüfen, an denen die Löhne der Reichsbahnarbeiter zu denen der vergleichbaren Industriearbeiter in einem unbilligen Verhältnis stehen, wie z. B. im Wirtschaftsgebiet Berlin, Hamburg und an einzelnen Stellen in Sachsen, mit dem Ziel der Erhöhung der bestehenden oder Einführung neuer Ortslohnzulagen. Eine Veränderung der gegenwärtigen Arbeitsverhältnisse ist nicht vorgesehen worden. Die Reichsbahn-Gesellschaft erklärte am 7. März den Gewerkschaften ihre Bereitwilligkeit, über eine Erhöhung der Ortslohnzulagen vom 1. März ab zu verhandeln und im letzten Drittel des März die Frage einer allgemeinen Lohn-erhöhung erneut mit den Gewerkschaften zu prüfen. Ferner sei sie einverstanden mit der Einlegung einer gemeinschaftlichen Kommission zur Beratung etwa bestehender Forderungen in der Dienstdauer. Darauf haben die Gewerkschaften abweichend geantwortet.

Ministerialdirektor Gumbodt gab eine Uebersicht über die Entstehung, örtliche Verbreitung und Ausdehnung des Streiks. Die Arbeiter im Direktionsbezirk Elberfeld nehmen eine abwartende Haltung ein, während eine Ausdehnung auf das besetzte Gebiet durch die Interalliierte Kommission unterbunden worden ist, die den Gewerkschaften gegenüber nachdrücklich betont hat, daß sie einen Streik unter allen Umständen verbieten würde und die Arbeiterkassen vor den Folgen warnen. Durch den Streik ist ausschließlich der Güterverkehr betroffen und an ihm sind in der Hauptstadt Güterboden- und Rangierarbeiter beteiligt. Als Ersatz für die Streikenden werden außer Beamten arbeitswillige Arbeiter, Wartegeldempfänger, Ruhestandsbeamte und Angehörige der Personalsbetriebskräfte verwendet. Vom Einfluß der Technischen Vorbildung konnte bisher abgesehen werden. Seit gestern sei der Streik im Abflauen begriffen.

Nach Ausführungen der Abg. Krosche (Nat.), Bender (Soz.) und Krosche (Komm.), und nachdem der Reichsverkehrsminister Dr. Krosche es als irrig bezeichnet hatte, daß das Reichsverkehrsministerium sich um die Entwicklung der Lohnverhältnisse der Reichsbahn nicht gekümmert hätte, wurde ein vom Abg. Dr. Most (Dsp.) eingebrachter und vom Abg. Fickel (Dem.) abgeänderter Antrag angenommen, daß der Ausschuß von der Erklärung des Verkehrsministers des Reichsarbeitsministers, nach welcher der Reichsarbeitsminister in der Frage des Eisenbahnstreiks bereits in Tätigkeit getreten ist, mit Bekräftigung Kenntnis nimmt und erwartet, daß der Reichsarbeitsminister auch weiterhin alles Mögliche zur Beilegung des Streiks tun wird. Die weitere Besprechung der Angelegenheit wurde vertagt, bis das Ergebnis der Schritte des Reichsarbeitsministers zu übersehen ist.

Die vertagte Entscheidung über die Räumungsfrage.

Berlin, 11. März. Von unterrichteter außenpolitischer Seite erfahren wir, daß die Entscheidung der alliierten Regierungen über die Regelung der Räumung der nördlichen Rheinlande bei den Besprechungen Verriot und Chamberlain bis zum April zurückgestellt worden ist. Alle gegenwärtigen Verhandlungen zwischen England und Frankreich beschäftigen sich ausschließlich mit dem Sicherheitsproblem und mit der Frage der Währungsfrage des Völkerbundes im Rheinland. Mit einem Beschluß der Völkerbundkonferenz ist daher vorläufig nicht zu rechnen.

Die Reichsregierung und die Aufwertungsfrage.

Berlin, 11. März. Wie wir hören, wird die Reichsregierung nunmehr auf Grund der Anträge des Reichstages dem Parlament den in Aussicht gestellten Gesetzentwurf über die Aufwertungsfrage vorlegen. Dieser Entwurf soll aber vorerst noch vertraulich behandelt werden. Da die Vorlage an sich zuerst im Ausschuß behandelt werden wird, ist mit der Entscheidung über die Aufwertungsfrage keinesfalls vor der Verabschiedung der Finanz- und Steuerreform zu rechnen.

Dr. Marx wieder preussischer Ministerpräsident.

Berlin, 11. März.

Im Preussischen Landtag herrschte gestern schon lange vor Beginn der Sitzung in den Wandelgängen ein reges Leben. Die Unterhaltung drehte sich natürlich fast ausschließlich um die Wahl des Ministerpräsidenten, in Verbindung mit der Wahl des Reichspräsidenten. Doch war von einer erwartungsvollen Spannung kaum etwas zu bemerken, da man von vornherein annehmen zu können glaubte, daß die Wiederwahl des Ministerpräsidenten Marx gesichert sei. Bei Beginn der Sitzung war das Haus und die Tribünen dicht besetzt, während die Ministerbänke leer waren. Auch Marx selbst war nicht anwesend. Nach der Geschäftsordnung mußte die Wahl durch Namensaufruf durch Stimmsettel bei geheimer Abstimmung erfolgen. Die einstündige Wahlhandlung selbst und die Feststellung des Ergebnisses nahmen fast eine Stunde in Anspruch, währenddessen ein lebhaftes Stimmengeräusch durch das Haus schwirte. Lebhafteste Zustimmungsbekundungen wurden bei den Parteien der Weimarer Koalition laut, als der Präsident die Wiederwahl des Ministerpräsidenten Marx mit 232 Stimmen verkündete, umso mehr, als Marx im Vergleich zu den letzten Abstimmungen einen Zuwachs von etwa einem Tausend Stimmen erhalten hatte. Sofort setzte ein eifriges Rätselraten darüber ein, wobei dieser Stimmenzuwachs stammen könnte. Da man nicht gut annehmen konnte, daß die Deutsche Volkspartei nicht geschlossen für ihren eigenen Kandidaten Richter gestimmt hätte und auch die auf die Kandidaten der Nationalsozialisten, der Wirtschaftlichen Vereinigung und der Kommunisten entfallenden Stimmen ganz genau der Stärke dieser Parteien im Hause entsprachen, so blieb nur die Annahme übrig, daß deutschnationale für Marx gestimmt hätten. Ruidige Thebaner gaben jedoch sehr bald der Meinung Ausdruck, das Ergebnis sei falsch, zumal über den entscheidenden Abstimmungen des Landtages in der letzten Zeit mehrfach der gleiche Irrtum geschwehrt hatte. In der Tat sah sich dann auch der Präsident nach Verlauf von fast einer Stunde genötigt, das Abstimmungsergebnis zu berichtigen, wobei sich herausstellte, daß für Marx 10 Stimmen zuviel gezählt worden waren, die dem Kandidaten der Rechtsparteien, Richter, gehörten, so daß Marx nur gerade die absolute Majorität von 222 Stimmen erhalten hat. Immerhin ist er gewählt. Das berichtete Ergebnis wurde auf der Linken mit Schreien aufgenommen. Ob Ministerpräsident Marx mit einer so knappen Mehrheit wiederum mit einem Kabinett in der gleichen Parteizusammensetzung vor das Haus treten wird, erscheint sehr zweifelhaft, und es muß abgewartet werden, ob es ihm gelingen wird, die Grundlauge seines Kabinetts zu verbreitern. Unter diesen Umständen ist es auch wohl ausgeschlossen, daß die Regierungserklärung, die beabsichtigt ist, schon am Donnerstag abgegeben werden kann, zumal die Kabinettsbildung aus engster Zusammenarbeit abhängen wird, wie sich die Verhandlungen über die Reichspräsidenten-Kandidaturen gestalten werden. Jegendwelche Voraussetzungen zu machen, wäre verfehlt.

Nach der Wahl des Ministerpräsidenten wurde unter sehr geringer Aufmerksamkeit des Hauses die Besprechung der Interpellationen über das Dortmunder Bergwerksunglück in Verbindung mit den zahlreichen dazu eingebrachten Anträgen fortgesetzt. Eine lange Reihe von Rednern nahm dazu das Wort, aber sie sprachen entweder vor fast leeren Bänken, oder die Uhrzeit im Hause war so groß, daß auf den Tribünen nur selten ein Satz zu vernehmen war.

Die deutsch-französischen Verhandlungen.

Paris, (Funkspruch.) Die Morgenblätter veröffentlichten folgende Mitteilung: Der französische Handelsminister Magnadoy ist durch die deutsche Wirtschaftsdelegation benachrichtigt worden, daß alle Maßnahmen getroffen seien, damit die Wiederaufnahme der Verhandlungen der beiden Delegationen wie vorgesehen am 16. März beginnen kann, doch wird Dr. Trendelenburg, der augenblicklich unspälich ist, vorübergehend durch den Ministerialdirektor im Wirtschaftsministerium Vosse ersetzt werden. Dr. Trendelenburg wird den Vorschlag der deutschen Delegation wieder übernehmen, sobald sein Gesundheitszustand es gestattet wird.

Saarbrücken, (Funkspruch.) Heute abend reist eine saarländische Wirtschaftsdelegation, bestehend aus Vertretern der Industrie, des Handels und der Gewerkschaften nach Paris, um morgen Nachmittag zum ersten Male an den deutsch-französischen Verhandlungen über die Saarfrage teilzunehmen.

Eine Völkerbundsnote an Deutschland.

* Berlin. Die "DPA" meldet aus Paris: Hier verlautet, daß der Rat des Völkerbundes eine Note an die deutsche Regierung senden wird, die sich mit den deutschen Vorschlägen über ein gegenseitiges Garantieabkommen befaßt. Die Note wird der Uebersetzung des Rates Ausdruck geben, daß alle Verhandlungen über einen Garantiepakt zwecklos seien, solange Deutschland nicht dem Völkerbund beigetreten ist. Die Absendung der Note soll sich an die Erklärung Chamberlains über die Haltung der englischen Regierung zum Genfer Protokoll anschließen.